

# Weichenstellungen für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland



Empfehlungen der American Chamber of Commerce  
in Germany (AmCham Germany) für die kommende  
Legislaturperiode

---



---

## Inhalt

---

Weichenstellungen für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland .....	4
1. Forschung fördern und Wachstumspotenziale bei Innovationen nutzen .....	6
2. Gesamtbelastungen für alle Energiekunden senken .....	6
3. Zukunftsfähigkeit des Arbeitsmarktes nicht durch Überregulierung gefährden .....	7
4. Doppelbesteuerungsrisiken reduzieren .....	7
5. Gründerstandort Deutschland stärken .....	8
6. Weichen für einen modernen IT-Standort Deutschland stellen .....	8
7. Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung setzen .....	9
8. Globalen Herausforderungen gemeinsam begegnen .....	9
9. Offene Märkte und freien Handel vernehmbar und konsequent stärken .....	10
Über die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) .....	12

---

## Präambel

---

Die American Chamber of Commerce in Germany e. V. (AmCham Germany) fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft fußen. Diese Partnerschaft beruht auf historischer Erfahrung, gemeinsamen Interessen und der gewachsenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtung unserer Gesellschaften. Wie in jeder Partnerschaft gibt es nicht nur Gemeinsamkeiten. Bei allen Unterschieden verfügen die transatlantischen Partner dennoch über das notwendige politische, wirtschaftliche und militärische Gewicht, um den gegenwärtigen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen und Frieden, Demokratie und Menschenrechte zu wahren. AmCham Germany setzt sich für interkulturelles Verständnis und einen transparenten Dialog ein und bekennt sich klar zu den transatlantischen Werten, die die liberale Nachkriegsordnung prägen. Neben freiem Handel, wettbewerbsfähigen und offenen Märkten sind dafür auch und besonders die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit von zentraler Bedeutung. Pluralistische Gesellschaften sind für wirtschaftliche und soziale Innovationen, Stabilität und Prosperität nicht weniger wichtig als der freie Verkehr von Waren, Daten, Dienstleistungen und Personen.

---

Die Bundestagswahl 2017 steht im Zeichen tiefgreifender Veränderungen und großer Unsicherheit über die Zukunft: Kriege und Krisen in benachbarten Regionen, die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, Terroranschläge und vielfältige Bedrohungen der Sicherheit stellen die Bundesrepublik und ihre Bürger vor weitaus größere Herausforderungen als noch vor wenigen Jahren. Nicht zuletzt die wachsende Unsicherheit ist es, die populistischen Strömungen und Parteien überall in der westlichen Welt Auftrieb gibt. Diese schüren wiederum Ressentiment und Unzufriedenheit, bieten aber keine wirksamen und zukunftsfähigen Lösungen für die heutigen Probleme.

Auch in den kommenden Jahren werden Unsicherheit und Veränderung nicht nachlassen. Umso mehr ist klare Führung und Orientierung seitens der Politik erforderlich. Für die Wirtschaft und ihre Unternehmen gilt es Rahmenbedingungen für Wachstum und Innovation zu schaffen und weiterzuentwickeln. Sicher und unverändert richtig ist, dass die tiefe Einbindung der in Deutschland ansässigen Unternehmen in die Weltwirtschaft, ihr hoher Exportanteil und die Offenheit des Wirtschaftsstandorts für Investitionen und Innovationen von außen diesem Land beispielhaften Wohlstand und hohe wirtschaftliche und soziale Stabilität ermöglicht haben. So betrug das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2015 3.026,6 Mrd. Euro, wovon gut 47 Prozent – oder 1.418,95 Mrd. Euro – auf Exporte entfielen. Mit einem Gesamtwert von 114 Mrd. Euro waren die USA dabei Zielland Nummer eins. Generell ist der transatlantische Handel mit einem Volumen von 1,2 Billionen US-Dollar für Europa – und damit auch für Deutschland – von zentraler Bedeutung. Deutschland ist der Hauptempfänger von Waren und Dienstleistungen aus 14 US-Bundesstaaten. Der transatlantische Handel sichert rund 15 Mio. Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks.

Auch der Blick auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der Löhne und Gehälter zeugt von der anhaltenden Stärke der deutschen Wirtschaft. Mit 43 Millionen Erwerbstätigen verzeichnete Deutschland erneut einen Zuwachs – insbesondere bei voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen. Der Trend wachsender Beschäftigung setzt sich seit 2004 fort, erreicht auch im 12-Jahres-Durchschnitt ein stabiles Wachstum und sorgt für eine historisch niedrige Arbeitslosenquote. Das verfügbare Brutto- und Nettoeinkommen ist gegenüber 2014 um 2,9 bzw. 2,4 Prozent gestiegen. Diese positiven Entwicklungen sind in erster Linie der technologischen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der in Deutschland angesiedelten Unternehmen zu verdanken.

Dazu gehören auch die Unternehmen der American Chamber of Commerce in Germany e. V. (AmCham Germany), die einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Steigerung der Produktivität und Innovationskraft des Standortes leisten. Damit dies so bleibt und vor allem die Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden können, brauchen die Unternehmen weiterhin Offenheit und funktionsfähige politische Lösungen statt Abschottung und populistischer Parolen. Aus Sicht der von AmCham Germany vertretenen Unternehmen ist es deshalb wichtig, dass in Deutschland auch in der kommenden Legislaturperiode zukunftsgerichtete und stabile politische Rahmenbedingungen vorliegen. Darunter fällt auch der weitere Aus- und Umbau der Infrastruktur, der es Unternehmen weiterhin erlaubt, mit Technologie und Innovationen für Wohlstand und Beschäftigung zu sorgen.

In den folgenden Punkten legen die Mitglieder der AmCham Germany ihre Empfehlungen für die kommende Legislaturperiode dar und stehen gerne für einen tiefergehenden Austausch bereit.

1

## Forschung fördern und Wachstumspotenziale bei Innovationen nutzen

Damit die in Deutschland ansässigen Unternehmen auch künftig im internationalen Wettbewerb bestehen können, muss die Politik alles daran setzen, die Wertschöpfungsketten in Deutschland zu erhalten und verlässliche politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierzu gehören z. B. wettbewerbsfähige Energiepreise, Fachkräftesicherung und eine stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung.

Die Offenheit gegenüber Forschung und Entwicklung sowie entsprechende Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für weiteres Wachstum und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Zwar profitieren die Unternehmen vom hiesigen Innovationssystem, bei dem Hochschulen, staatlich geförderte Forschungseinrichtungen, großindustrielle Forschung sowie der innovative Mittelstand und Start-ups eng miteinander verzahnt sind.

Für die nächste Legislaturperiode fordern die Mitgliedsunternehmen der AmCham Germany die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf deutlich über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für den Mittelstand und für Großunternehmen sowie bessere Finanzierungsmöglichkeiten für innovative Start-ups. Zudem muss die Fokussierung der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung stärker auf erfolgsversprechende Zukunftstechnologien gerichtet werden, z. B. in der Grundlagenforschung oder mit Blick auf Industrie 4.0. Es ist notwendig, die Fördermittelbeantragung durch eine substantielle Reduzierung des bürokratischen Aufwands und die Bündelung der Beantragung bei einem zentralen Ansprechpartner zu vereinfachen und zu verbessern. Ziel muss es sein, die Technik- und Innovationsakzeptanz in der Gesellschaft sowie den Unternehmer- und Erfindergeist insbesondere unter jungen Menschen zu stärken.

2

## Gesamtbelastungen für alle Energiekunden senken

Marktwirtschaftliche Ansätze, wettbewerbsfähige Energiepreise und die Erhaltung der Wertschöpfungsketten sind die wichtigsten Bedingungen für Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen in Deutschland – dies gilt insbesondere für die energieintensive Industrie am Anfang der Wertschöpfungsketten.

Umweltstandards sind wichtig und Deutschland ist hier bereits gut positioniert. Der europäische Emissionshandel (ETS) ist ein etabliertes System zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu den geringsten Kosten. AmCham Germany bekennt sich ausdrücklich zu diesem mengengesteuerten System. Das Zusammenspiel von Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland und ETS muss jedoch aus Kostengründen überdacht und kritisch hinterfragt werden. AmCham Germany repräsentiert einen großen Teil der globalisierten Weltwirtschaft, die den Standort Deutschland schätzt und weiterentwickeln will. Energie- und Umweltbedingungen spielen dabei eine große Rolle. Die Gesamtbelastung aller Energiekunden darf nicht weiter steigen.

Klimaschutz darf nicht der alleinige Maßstab für politische Entscheidungen sein. Vielmehr müssen Ökologie, Ökonomie und Versorgungssicherheit in einem gut balancierten Verhältnis gehalten werden, damit mehr Planungssicherheit für die Wirtschaft in Deutschland entsteht, die Investitionen in Produktionsstandorte erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausgebaut werden kann. Nur so können Wohlstand und Arbeitsplätze in diesem Land gesichert und die Exportstärke Deutschlands langfristig fortgeführt werden.

AmCham Germany fordert für die nächste Legislaturperiode größere Anstrengungen, um einen wirklich liquiden und starken europäischen Energiemarkt zu erreichen. Der Einsatz für wettbewerbsfähige Energiepreise, für erfüllbare Umwelt- und Klimaanforderungen sowie für die Erhaltung der Wertschöpfungsketten darf nicht nur Lippenbekenntnis sein, sondern muss jeweils mit validen und ausgewogenen Maßnahmen für mehr Wettbewerb und mehr Markt – aber nicht mehr Regulierung und Bürokratie – untermauert werden. Ziel sollte sein, die Gesamtbelastungen für alle Energiekunden spürbar zu senken.

### 3 Zukunftsfähigkeit des Arbeitsmarktes nicht durch Überregulierung gefährden

Deutschland zählt im internationalen Vergleich noch immer zu den am stärksten regulierten Arbeitsmärkten. Die Anerkennung, die mit der durch die Agenda 2010 verbundenen Reformen des Arbeits- und Sozialrechts international erreicht wurde, wird zunehmend durch die Einschränkung der gewonnenen Flexibilisierungen im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode getrübt. Ungebrochen sind auch die Tendenz des deutschen Normgebers zur Verschärfung europäischer Richtlinien in der nationalen Umsetzung und die Belastung der Wirtschaft durch bürokratische Hürden, auch und gerade im Bereich des Arbeitsrechts.

Ein zukunftsfähiger, beschäftigungsfreundlicher Arbeitsmarkt benötigt ausreichend Flexibilität im Einsatz der Arbeitskraft, aber auch einen verlässlichen Rechtsrahmen, der neue Entwicklungen zulässt, ohne den Arbeitnehmerschutz zu vernachlässigen. Arbeitsmarkt und Migrationspolitik müssen beschäftigungsfreundlich ausgerichtet werden, um eine demographie-feste Stabilisierung des Arbeitsmarkts zu erreichen. Dies sichert den wirtschaftlichen Erfolg sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Flexible Beschäftigungsformen müssen nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Die Digitalisierung ermöglicht neue Formen der Arbeits- und insbesondere der Arbeitszeitgestaltung. Rigide gesetzliche Regelungen sind keine Antwort auf die Herausforderungen durch neue Technologien in einer globalisierten Welt. Deutschland braucht eine Arbeitsmarktordnung, die es befähigt, die Chancen einer modernen und digitalisierten Arbeitswelt zu nutzen. Dies wird ohne kritische Überprüfung und Änderung des bestehenden Rechtsrahmens im Arbeits- und Sozialrecht nicht möglich sein.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschland nicht zu gefährden und das Niveau der Fachkräfte in Deutschland auf dem gewohnt hohen Stand zu halten, muss das gute Bildungs- und Ausbildungssystem weiter entwickelt und für die Herausforderungen der Digitalisierung angepasst werden. Das Bildungs- und besonders das deutsche duale Ausbildungssystem werden in den USA wertgeschätzt und gelten als Vorbild für die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte; Fachkräfte, die für die Digitalisierung der Arbeitswelt unabdingbar sind.

### 4 Doppelbesteuerungsrisiken reduzieren

Inländische Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, sehen sich einem stetig steigenden Risiko der Doppelbesteuerung ausgesetzt. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in der fehlenden Harmonisierung der internationalen Besteuerungsregeln und am Fehlen verlässlicher bilateraler Streitbeilegungsmechanismen. Das Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)-Projekt der OECD wird dieses Problem, zumindest mittelfristig, eher verschärfen, da die insoweit entwickelten Regelungen zu neuen Interpretationsunterschieden in den Anwenderstaaten führen werden, etwa mit Blick auf den aus deutscher Sicht höchst relevanten Bereich der Betriebsstättendefinition.

AmCham Germany fordert die Bundesregierung daher auf, sich bilateral, auf EU- und OECD-Ebene weiter und noch stärker für effiziente, bindende Streitbeilegungsmechanismen (mit Einigungszwang innerhalb einer bestimmten Frist) einzusetzen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die in der laufenden Legislaturperiode auf OECD- und EU-Ebene entwickelten neuen Regelungsansätze und Dokumentationsvorschriften und die hieraus zu erwartenden Auslegungsunterschiede. Wenn insoweit – im Vorgriff auf eine mittelfristig anzustrebende Harmonisierung der Regelungen – keine umfassenden und bindenden Streitbeilegungsmechanismen erreicht werden können, drohen die hierdurch entstehenden Risiken und Administrationsaufwendungen für die Unternehmen unbeherrschbar zu werden.

## 5 Gründerstandort Deutschland stärken

Auch wenn die Zahl der Unternehmensgründungen insgesamt in Deutschland stagniert, erleben wir eine Welle von Start-up-Gründungen in neuen, größtenteils digital geprägten Technologiefeldern. Hinter diesen Startups stehen zumeist akademisch ausgebildete, risikobereite Persönlichkeiten. Universitäre Gründerprogramme und gut ausgestattete Fonds zur Frühphasenfinanzierung tragen dazu bei, dass Deutschland in diesem, auch für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Landes, wichtigen Feld aufholen kann.

Digitalisierung und Internationalisierung im globalen Wettbewerb erfordern von den Start-ups eine hohe Eigenkapitalausstattung zur Unternehmensentwicklung. Im Gegensatz zur Frühphasenfinanzierung stehen aber für die Absicherung des Wachstums in Deutschland oft nicht ausreichend Finanzmittel zur Verfügung. Weltweit wird das Wachstum von Start-ups hauptsächlich durch Venture Capital finanziert. Daher fordert AmCham Germany auch für Deutschland die weitere Ausbildung eines international wettbewerbsfähigen Venture Capital Sektors.

Die von der Bundesregierung im Herbst 2016 auf den Weg gebrachte Reform der Besteuerung von Verlustvorträgen und die Einführung des neuen KMU-Segments der Deutsche Börse AG sind gute Schritte zur Förderung des Gründerstandorts Deutschland, dem weitere folgen sollten. Attraktive Anreize für die breite Beteiligung an Venture Capital Fonds und die Überwindung von Rechtsunsicherheiten bei ihrer steuerlichen Behandlung sowie zielgerichtete Erleichterungen im Arbeits- und Gesellschaftsrecht würden den Gründerstandort deutlich stärken.

## 6 Weichen für einen modernen IT-Standort Deutschland stellen

Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und beeinflusst die gesamte Wirtschaft. Der Bedeutung dieser Entwicklung wurde in dieser Legislaturperiode durch die Einsetzung des Ausschusses „Digitale Agenda“ Rechnung getragen. AmCham Germany fordert, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Dabei muss nach den Wahlen an einer besseren Koordinierung, nicht aber an einer Zentralisierung digitaler Zuständigkeiten gearbeitet werden.

Als ein wesentliches, zukunftsweisendes Projekt für die kommende Legislaturperiode erachtet AmCham Germany die weitere Stimulation des Netzausbaus. Leistungsstarke Netze auf Basis hoher privatwirtschaftlicher Investitionen sind Innovationstreiber und stellen einen wesentlichen Standortvorteil dar. Für den weiteren Netzausbau gilt allgemein, Investitionsanreize für den Wettbewerb zu setzen und Investitionspotenziale nicht dem Markt zu entziehen.

Daten werden zum erfolgskritischen Wirtschaftsgut. Die Möglichkeit der (rechts-)sicheren Verarbeitung und des Austauschs von Daten ist deshalb für die Wirtschaft unverzichtbar. AmCham Germany unterstützt die Bestrebungen der Politik, einen modernen Rechtsrahmen für Datenschutz und Datensicherheit zu erarbeiten. Dem rechtssicheren Datenaustausch insbesondere mit den USA gilt hierbei ein Hauptaugenmerk. Ein moderner Rechtsrahmen muss Wachstumsimpulse setzen und es ermöglichen, dass durch die Digitalisierung entstehende Potentiale gehoben werden können. Dies gilt – neben dem Datenschutz – auch für zahlreiche weitere Bereiche, etwa das Wettbewerbsrecht, das Urheberrecht oder den Verbraucherschutz. AmCham Germany wird sich hier in die öffentliche Diskussion einbringen, um mit dazu beizutragen, dass die Chancen und nicht lediglich die Risiken der Digitalisierung beleuchtet werden. Damit die Chancen der Digitalisierung umfänglich genutzt werden können, gilt es in der nächsten Legislatur nicht zuletzt einen Fokus auf Digitale Bildung und Ausbildung sowie auf die grundsätzlichen Auswirkungen der Digitalisierung auf den Bereich Arbeit zu legen.



## 7 Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung setzen

Die Mitgliedsunternehmen der AmCham Germany leisten beachtliche medizinische und ökonomische Beiträge, um den Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung zu begegnen. Als aktive Mitgestalter im Gesundheitswesen setzen sie ein deutliches Signal für offene Märkte und pluralistische Strukturen. Um eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, muss den Themen Prävention und Früherkennung besondere Bedeutung zugemessen werden. Zudem sind Maßnahmen zur optimalen Nutzung des Potentials von Big Data und E-Health für die Versorgungsqualität unabdingbar. Auch die Umsetzung der Ergebnisse des Pharmadialogs der Bundesregierung ist notwendig, um die Patientenversorgung zu verbessern und den Pharmastandort Deutschland zu fördern.

Die politischen Zielsetzungen – eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung sowie verlässliche Rahmenbedingungen für die Industrie – werden momentan zunehmend durch das Handeln der Selbstverwaltung konterkariert. Zur Umgestaltung der Prozesse in der Selbstverwaltung sind Transparenz und Partizipation unerlässlich. Die Entscheidungen müssen den Anforderungen von Patienten und Versicherten, aber auch der industriellen Gesundheitswirtschaft, genügen. AmCham Germany fordert daher Transparenz sowohl hinsichtlich der an der Beratung Beteiligten als auch hinsichtlich der Abläufe, inklusive adäquater Fristen für die unterschiedlichen Wege in die Erstattung durch die Gesetzliche Krankenversicherung. Zudem müssen der Industrie nicht nur Antrags- und Beteiligungsrechte gewährt und klar definiert werden. Sie sollte aus Gründen der Planungssicherheit auch Auskunftsrechte im Beratungsprozess erhalten. Darüber hinaus müssen die Anforderungen, z. B. hinsichtlich vorzulegender Unterlagen, im Vorhinein klar definiert werden. Der Schutz geistigen Eigentums sowie die Senkung regulatorischer Hürden sind für die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitsstandorts Deutschlands unbedingt notwendig.

## 8 Globalen Herausforderungen gemeinsam begegnen

Die Mitgliedsunternehmen der AmCham Germany bekennen sich zu der ökologischen und sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR) im Rahmen ihres unternehmerischen Handelns. Durch vielfältige Aktivitäten leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und übernehmen gleichzeitig die Verantwortung, mit Blick auf künftige Generationen im Einklang mit Umwelt und Gesellschaft nach dem Prinzip des „ehrbaren Kaufmanns“ zu handeln.

Die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bildet den wesentlichen Rahmen für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in Deutschland, die sich durch alle Politikbereiche zieht und aufgrund ihrer breiten Zielsetzung auch alle Wirtschaftsbereiche betrifft. Der Privatwirtschaft kommt bei der Erreichung der SDGs eine wichtige Rolle zu. Deshalb muss die Wirtschaft auch von der neuen Bundesregierung unmittelbar nach der Regierungsbildung bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie von Beginn an beteiligt werden.

Eine einseitige ordnungspolitische Regulierung und Belastung des privatwirtschaftlichen Sektors, z. B. im Bereich der CSR-Berichterstattung, oder die Tendenz, vor allem Unternehmen die Verpflichtung zur Durchsetzung von Menschenrechten übertragen zu wollen, lehnt AmCham Germany jedoch entschieden ab. Alle Stakeholder – Unternehmen, Staat, öffentliche Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft – müssen ihrer individuellen Rolle und Verantwortung gerecht werden. Dies gilt insbesondere für globale Herausforderungen wie die nachhaltige Entwicklung oder die Wahrung der Menschenrechte, die nicht mehr nur isoliert aus nationaler Perspektive betrachtet und gelöst werden können. Die Welt muss als Ganzes verstanden werden: Die Antworten auf diese globalen Herausforderungen bedürfen eines ganzheitlichen Handelns aller Akteure.

---

## **9** Offene Märkte und freien Handel vernehmbar und konsequent stärken

---

Die USA sind einer der wichtigsten geopolitischen Bündnispartner Deutschlands und Europas. Und das nicht nur aus politischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht, denn die USA sind Deutschlands größter Absatzmarkt. Wenn Europa im Zuge der Globalisierung nicht zurückfallen will, muss die Chance, die bereits vorhandenen hohen transatlantischen Standards gemeinsam festzuschreiben und weiterzuentwickeln, genutzt werden. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen gemeinsam das in Teilen der Gesellschaft verlorene Vertrauen wieder stärken und die signifikante Bedeutung der transatlantischen Beziehungen hervorheben.

AmCham Germany fordert eine vernehmbare und konsequente politische Fürsprache für offene Märkte und freien Handel. Weder Europa noch die USA dürfen sich nach innen wenden. Abschottung und Protektionismus sind keinesfalls Schritte, um die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen weiter zu stärken. Durch sie können weder die Regeln des Welthandels mitgestaltet noch der Gesellschaft und der Wirtschaft Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Eine zentrale Aufgabe der aller Akteure und insbesondere der Politik muss es sein, den Bürgerinnen und Bürgern den Stellenwert von freiem Handel und die Bedeutung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen für den deutschen Wohlstand zu erläutern.

AmCham Germany appelliert an die EU Kommission und die US-Regierung, den offenen und intensiven Dialog über ein gemeinsames Handelsabkommen fortzuführen und die Verhandlungen unter der Berücksichtigung bereits gemachter Zusagen zeitnah fortzusetzen. Ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA, wie es TTIP vorsieht, ermöglicht nicht nur zollfreien Handel, sondern bietet vielen Industriebranchen die Möglichkeit der Harmonisierung und der gegenseitigen Anerkennung von Standards, Regulierungen und technischer Normen, ohne jedoch bestehende hohe Niveaus abzusenken. Der damit verbundene Abbau bürokratischer Hürden im Exportgeschäft kommt insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen zu Gute. Von einer schnelleren Markteinführung neuer innovativer Produkte und Dienstleistungen profitieren Verbraucher. Größere Absatzmärkte und geringere Marktzugangskosten sichern und schaffen neue Arbeitsplätze.

Den offenen Austausch zwischen Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Trump sehen wir als Chance, den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen einen neuen Impuls zu geben und die Globalisierung gemeinsam aktiv zu gestalten.



---

## Über die American Chamber of Commerce in Germany e. V.

---

Die American Chamber of Commerce in Germany e. V. (AmCham Germany) ist mit knapp 3.000 Mitgliedern die größte bilaterale Wirtschaftsvereinigung in Europa, die die Interessen ihrer Mitglieder branchenübergreifend repräsentiert. AmCham Germany vertritt US-amerikanische Firmen in Deutschland, die über 650.000 Arbeitsplätze und über 130 Milliarden Euro an Investitionen bereitstellen. Sie fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützt und fördert AmCham Germany aktiv die Interessen ihrer Mitglieder durch ihr Netzwerk in Wirtschaft, Politik und den AmChams weltweit. AmCham Germany ermöglicht interkulturelles Verständnis, Zusammenarbeit und neue Investitionen durch die Grundsätze eines transparenten Dialogs, freien Handels und eines wettbewerbsfähigen und offenen Wirtschaftsklimas.

### Staff Contact

**Livia Fischer, M.A.**

Head of Berlin Office

Manager, Government Relations

American Chamber of Commerce in Germany e. V.

Charlottenstrasse 42, 10117 Berlin

T +49 30 288789-23

F +49 30 288789-29

E [lfischer@amcham.de](mailto:lfischer@amcham.de)

[www.amcham.de](http://www.amcham.de)